



Ausschuss für Generationen, Familie und Integration

9. Sitzung (öffentlich)

9. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokollerstellung: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006) | 1 |
|----------|--|----------|

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1000

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2005 bis 2009

Vorlage 14/190

Der Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet, führt in den Entwurf des Haushaltsplans 2006 ein - vgl. Vorlage 14/320. Es schließt sich eine Aussprache an.

2 Die vorschulische Sprachförderung von Kindern muss weiter verbessert werden 4

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/716

Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/716 mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Außerdem beschließt der Ausschuss die Durchführung einer Anhörung zum Thema Sprachförderung.

3 Resozialisierung junger erwachsener Straftäter verbessern 11

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/469

Vorlage 14/233

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/541

Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Drucksache 14/469 mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

4 Gesetz zur Neuordnung der Finanzierungsbeteiligung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Neufin SchKG) 12

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 14/1149

Zuschrift 14/269

Der Ausschuss beschließt, am 30. März eine Anhörung durchzuführen.